



701

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Beziehungen und in allen Buchhandlungen erhältlich

Lageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bruttopreis für den Monat drei Hefte 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Bezugspauschalpreis) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-El. / Geschäftsstelle und Expeditionen: 2 / Grenzpreis-Sammelnummer 14191 / Postgeschäftsstelle Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel / Herausgeberschaft: Dresden-El., Güterbahnhofstr. 2 / Herauspr.: Ami Dresden Nr. 17259 / Druckerei: "Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montagabende 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Sonnabend) / Preisbasis besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Zurückzahlung des Bezugspauschals

2. Jahrgang

Mittwoch, den 18. August 1926

Nummer 180

Zom Werwolf bis zu Bethke

Die Wahlfront der „Staatserhaltenden“

Nochmals nur wenigen Tagen das Organ der ländlichen Sozialdemokratie, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ unter dem Titel „Nicht wieder Sozialdemokratie“ die gewünschte Wahlparole für die schwarz-weiß-rote Front bei den kommenden Landtagswahlen gegeben haben, veröffentlicht das Organ der Jungdeutschen „Volk und Vaterland“ einen Aufruf, in dem sie sich für gemeinsame Arbeit aller nationalen Kreise bei den kommenden Landtagswahlen ausspielen.

Wie haben bereits einmal betont, daß das Zentrum der sogenannten „Vaterländischen Verbände“ vor der Deutschnationalen, einen Einheitsblock gegen den Sozialdemokratischen zu schaffen, der Furcht vor der Radikalisierung der Arbeiterschaft entspringt. Das bestätigt auch der neue Aufruf des völkischen Organs, in dem es heißt, daß sich die Arbeitslosigkeit verhängnisvoll auswirkt wird und große Teile der Arbeiterschaft ins radikale Führerwasser treibe, und dadurch sei die Lage der vaterländischen Bevölkerung im kommenden Wahlkampf keine rote. Der Kampf gegen die kommunistische Macht muss vor den weitesten nationalen führenden Schichten „gemeinsam“ durchgesetzt werden. Die wirklichen Freunde am ängstlichen Sammelraum zur Schwarz-Weiß-Roten Front sind die Furcht vor einer roten Mehrheit im nächsten Wahlgang. Bekanntlich waren die von den „Vaterländischen Verbänden“ erlossenen Aufrufe zur Bildung einer nationalen Einheitsfront durch die Volkspartei mit der Begründung abgelehnt worden, daß man auch nach den Jahren eine Koalition mit den Nationalsozialisten und den übrigen bürgerlichen Parteien nicht ablehnen könne. Die Volkspartei, die die Berräterei der 23 Renegaten in Sachen nur allzugut einzuschätzen weiß, warnt die faschistischen Verbände vor der starken Formulierung, jedes Bündnis mit der Sozialdemokratie abzulehnen. Herr Blümchen und seine Freunde seien ihre Hoffnung auf die Spaltungsspitze der 23 und glauben, mit den Nationalsozialisten, die noch den Wahlsieg nach ihrer Aussöhnung das Jüngste an der Welt bilden werden, die Möglichkeit des Fortbestehens der sozialen Regierungskoalition im Interesse des Bürgertums erhalten. Diese Warnung an die „Vaterländischen Verbände“ ist nicht ohne Erfolg geblieben. Die bürgerliche Presse verbreitet jetzt unter der Überschrift „Wahverbände und Landtagswahl“ eine Erklärung des „Werwolfs“, aus der klar geht, daß auch die faschistischen Organisationen bereit sind, mit den sozialfaschistischen Renegaten im nächsten Wahlgang eine gemeinsame Front gegen die Arbeit vorzutragen. In dieser Erklärung heißt es:

„Für alle Wahverbände ist die Staatsform ohne Belang. Das kann natürlich eine „Alte Sozialdemokratie“ — in den Worten wahlerster Bedeutung natürlich — Partei Sachsen enthalten ist, die wie ihr Organ, der „Volkstaat“ schreibt, einen sozialen Kapitalismus aus hingebender Staatsgestaltung und nationaler Leidenschaft als allein lebenskräftig verlangt,

so steht einer Verständigung und den Wehrverbänden nichts im Wege. Denn die Bandeinführung des „Werwolfs“ findet in ihrer Zeitung „Der Werwolf“: Die Ablehnung von wahlenstreitenden Erscheinungen innerhalb der „Nationalen“ darf uns nicht dazu führen, den Angriff auf die fairen Front zu verlegen. Der zweite Aufruf, der eine Ablehnung der Zusammenarbeit mit der KPD — aber nicht USPD — fordert, liegt lediglich dem internationalen Marxismus den Rücken.“

Damit ist die Front von „Werwolf“ bis zu Bethke hergestellt. Mit offenen Armen empfangen die Werwolfbanditen ihre neuen Freunde, die Herr Rießel, der Chefredakteur des „Volkstaat“, am Montag wegen ihrer schwarz-rot-goldenen Farbung bei den Schwarz-Weiß-Roten entschuldigt und versichert, daß sie trotz allem bereit sind, in der gemeinsamen Front gegen die Arbeiter zu marschieren. In einem Artikel „Fronttag auf lachlichen Wegen“ beschreibt Herr Rießel mit dem Sammelraum der faschistischen Wehrverbände und begrüßt den Vorstoß des Führers des Jungdeutschen Ordens Maier zu Lübeck, der die ländlichen Sozialisten vor einem allzu lachhaften Vorgehen gegen die „Alten Sozialdemokraten“ warnte, um dann am Schluss die sozialsozialistische Gestaltung und nationale Einstellung der Nationalsozialisten mit folgenden Worten zu beweisen. Herr Rießel schreibt:

„In diesem Zusammenhang könnte man sich verlaufen fühlen, noch ausführlicher auf die besondere Verhältnisse der ländlichen Arbeiterbewegung einzugehen. Wir wollen es nicht tun. Wer Augen hat zu sehen, sieht genug. Hier hat eine Entwicklung begonnen, die, wenn man sie nicht hört, zum Segen des deutschen Volkes eine Bedeutung gewinnen kann, die weit über die Grenzen Sachsens hinausreicht. Die Auswüchse jener Entwicklung sind günstig; ein nationales Verbrechen liegt, wie ich davon vermute, die Entwicklung darin schwer genug damit zu tun, daß sie ja früh, zu früh vielleicht vor die Landtagswahlen geführt wird. Da soll man wahrscheinlich politischen Kunden nicht entlaufen, mit Süden in der Luft herumzuflugen; es können allerlei neuerdings mögliche Reime idyllisch getroffen werden. Daß eine Bürgerliche Einheitsfront geschaffen werde und daß die Einheitsfront Schwarz-Weiß-Rot sei, ist jetzt wirklich nicht das, was uns am dringlichsten nötzt; die Einheitsfront, deren die willens sind, dem Reiche in seiner Stärke zu geben, was seiner Sicherhaltung dient und seiner Rettung kommt, ist unvergleichlich bedeutsamer; nur Negitative Predanten können darüber in Aufregung geraten, wenn in dieser Einheitsfront schwarz-rot-goldene Bonner werden.“

Nach diesem offenen Bekennen zum Nationalsozialismus dürften ernsthafte Schwierigkeiten zur Herstellung der schwarz-weiß-roten Einheitsfront von „Werwolf“ bis Bethke nicht mehr bestehen. Der „Werwolf“ wird die schwarz-rot-goldene Verbündung der Nationalsozialisten entschuldigen. Im Ziele sind sie die Herrschaften einig. Sie sind einander wert. Die Arbeiterschaft weiß, was sie von beiden zu halten hat und wird ihnen die entsprechende Antwort bei den kommenden Wahlen zuteil werden lassen.

„Goldrausch“

Die deutsche Wirtschaft ist in eine Bewegung geraten, deren endgültiges Charakter wir vielleicht erst in einigen Jahren, rückwährend, noch zu erkennen werden. Die Konzentrationsbewegung schreitet rasch fort; höchst oft gegründete Mannschaften lassen neue Unternehmungen auf; in nun nicht selten vertriebenen Großbetrieben, wie z. B. in der Elektroindustrie, zeigen sich deutliche Anzeichen neuer Zusammenschlüsse; und zugleich treten internationale Vereinbarungen, voran der eben abgeschlossene westeuropäische Eisenbahn-, auch auf internationalem Gebiet eine vielleicht beispiellose Umgruppierung ein. Niemand kann erraten, in welchem Grade die wirtschaftliche Stellung Deutschlands von allen diesen Vorgängen in Zukunft gekürt wird. Möglicherweise, in Naren Ziffern meßbar. Ist ein bereits gegenwärtiger Kapitalzuwachs die frappante Gelungsfähigkeit, die der deutsche Kapitalmarkt in den letzten Monaten gewonnen hat?

Dieser, im Sinn eines poetisch gewordenen Börsenjournalisten gehörte, kommt auf die Erfahrung des deutschen Kapitalismus steht in einem „Goldrausch“ bezeichneten Artikel des „Montag Morgen“. Und dieselbe bezeichnete, vom heiligen Maul ergriffene Börsenjournalistin des „Montag Morgen“ weist auf die gewaltigen Kapitalmobilien hin, die jetzt in Deutschland vor sich gehen, und die selbst die Emigranten von London und New York übersteigen. Es fehlt nur noch der Vergleich des deutschen Kapitalismus mit dem König Wilhelms, der nach der Sage alles, was er ansieht, in Gold verwandelt.

In der Tat: der deutsche Kapitalismus hat, nicht zuletzt dank des Zusangs, den die reformistischen Gewerkschaftsbauern ihm geleistet haben und leisten, ein beträchtliches Glück auf dem Wege seiner Konkurrenz, die über Arbeitsteilung und Produktivität führt, aufzusteigen. Und in dem hymnus des „Montag Morgen“ über den Goldrausch preist sich nur das zunehmende Plakatbewußtsein der deutschen Bourgeoisie wider, die ihre Rationalisierungsoffensive gegen die Werktagen erfolgreich voranzutreiben hat.

Kapitalismus ist günstiger als die vor dem Kriege, bauen sich in Deutschland auf. Trusts, starker organisiert als je im Vortriegerdeutschland, unterstreichen sich, Milliarden und Milliarden von Kapital zusammenfallend, ganze Wirtschaftsgruppen. Der Kuhkarton-Konkurs kostet 1,5 Milliarden, der Kuhkarton-Konkurs kostet 2,5 Milliarden. Hunderttausende von Arbeitern müssen dem Kommando der Trustherren in täglich sich verschärfender Beharrlichkeit gehorchen. Das mittlere Kapital, der Handwerk, empfängt das Gelehrtes ihres Handels, empfängt die Bedingungen ihrer Existenz von den Geschäftsmännern und Tiefreitern, die eine Handvoll Trustherren nach dem Prinzip ihres Profils ihres Kapitalherrens selbstkritisch erläutern. Die Republik Hindenburgs, die Republik Weimar, das Kapitalistische vor dem Diktat des Eisenherrn dieses und jenes auf die Souveränität des Rheins, verzichten auf die Souveränität ihrer Zoll- und Wettbewerbsfähigkeit zugunsten der deutschen Hochburgemeinschaft und des französischen Hüttentomates.

Ein Goldrausch von Milliarden ergiebt sich über die Trümmerquellen. Sie haben gut rationalisiert. Sie haben gut die Arbeit geteilt. Sie haben die Keile des laufenden Kapitals fest als ein kühleres Band zusammengeschmiedet. Sie haben gut in Amerika gepunktet.

Das internationale verschleierte Finanzkapital im Ausland konzentriert, der seine Beteile raffinierter zusammenlegt, in Zusammenarbeit seine Proleten bindet und zugleich laufende auf die Straße nimmt, kommt 180 Millionen Mark jenen Jahr um Jahr plantmäßig aus den internationalen Postamtsscheinen an den Bankfilialen in Stuttgart, London und Amsterdam abgesetzten, das Finanzkapital im Chemnitzer Kreditkurst, der mit seinen weiblichen Diktatoren des Reichs, verzichten auf die Souveränität des Rheins und Wettbewerbsfähigkeit zugunsten der deutschen Hochburgemeinschaft und des französischen Hüttentomates.

Doch: ist die Krise des deutschen Kapitalismus durch die ungeheure Kapitalumwandlung, die selbst nur Folge der Krise ist, überwunden? Mit nichts. Wenn Kapitalkapital heißt, man kann die Kraftseite der Masse. Hier wurde mit amerikanischer Hilfe so gründlich rationalisiert, daß die Preise nicht erhöht wurden, sondern erhöht werden müssen. Heinz Böckeler im „Berliner Tageblatt“ sagt darüber, daß man über die sozialen Rationalisierungen — so nennt er die Ergebnisse der Rauhbares an der Arbeiterschaft, den wirtschaftlichen Inhalt der Rationalisierung — die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals, Profit, keigenden Profit abzuwerten, vergessen habe. Es ist klar, daß die Rationalisierung, daß die Verwertung zwar das Glück der breiten Massen verneint, daß sie zwar die Produktivität der Gesellschaft, die mit die einzelnen Kapitalgruppen konkurrenzfähig bleibt, weiter erhöhen müssen, daß sie aber zugleich, indem sie diesem kapitalistischen Geiste gehorchen, die ökonomischen und politischen Widerstände des Kapitalismus national und international immer neu und immer stärker wieder erzeugen, bis sie in neuer geheimer Krise ausbrechen.

Die Verwertung im Zusammenhang mit der Rationalisierung, die internationale Verfestigung im neu entstandenen Finanzkapital, haben sie die Krise der Arbeitslosigkeit gelöst? Der Bergarbeiterkrieg in England, das Massenheer von zwei Millionen Arbeitslosen und mehr in Deutschland geben die Antwort. Haben sie die Krise des Rahns gelöst? Die Antwort ist in dem Rückgang der Nominalwährung, die selbst in amtlichen Statistiken seit dem April zugegeben wird, der Rückgang der Reallohn durch Preissteigerung und gesteigerte Geharbeit ohne entsprechende Lohnsteigerung.

Haben die Trusts, hat das internationale organisierte Finanzkapital die Wohlhaber angenommen, die dem europäischen, insbesondere dem deutschen Kapitalismus gelten und, bestreiten aber auch nur föderieren können? Die Antwort gibt die Preisrechnung beim Kalkulationsfall, die Antwort geben jene die Trusts lebt, die Fragen die reformistischen Führer des IGB.

Ein wichtiger Beschuß der Bergarbeiter

Der Bezugsausschuß zu Verhandlungen beauftragt. — Die Arbeitnehmer fordern Fortsetzung des Kampfes

London, 18. August. (Eigener Drahtbericht.)

Auch lebhafte Zustimmungen, die durch Angriffe der Gewerkschaften gegen die Regierung und gegen die Führung der Bergarbeitergewerkschaft hervorgerufen waren, führte die in London tagende Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter zu einem wichtigen Beschuß, nach dem der Bezugsausschuß der Bergarbeiterföderation beauftragt wird, sofort mit der Regierung und den Grubenbesitzern Verhandlungen aufzunehmen, um den Boden zu einer Verständigung vorzubereiten. Der Arbeitsminister und der Grubenbesitzer sind aus ihren Landstädten nach London zurückgekehrt. Baldmöglichst, die Bergarbeiterdelegierten zu empfangen. Ungegen der passiven Haltung des Gewerkschaftsführer und die Arbeit für Durchführung einer Solidaritätsaktion. Man hat bei den Eisenbahn-, Transport- und Industriebetrieben in London von den Gewerkschaften die sofortige Einberufung einer Konferenz zur Organisierung des Arbeitsschutzes gefordert. Auch der Londoner Generalrat fordert in seiner letzten Sitzung für Verhinderung der Kohlenkonkurrenz aus.

Wie die Telunion berichtet, geht der Beschuß der Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter, der in der Sitzung am zweiten Verhandlungstag gefaßt wurde, dahin, daß die Verhandlungen, in denen der Bezugsausschuß der Bergarbeiterföderation beauftragt wird, den Abschluß eines nationalen Abkommen nicht folge haben müssen und ähnliche Abschmälerungen nicht getroffen werden.

Auch lasst sich die Tragweite des Beschlusses der Bergarbeiterdelegiertenkonferenz, die Verhandlungen mit der Regierung und den Grubenbesitzern aufzunehmen, nicht voll übersehen. Eine solche Sitzung kann gefaßt werden, falls die Bergarbeiter nach

180 Tagen keinen Kompromiß, von der Regierung und vom Grubenbesitzer getrieben, sich zu Verhandlungen mit den Grubenbesitzern müßten, so ist das die Schuld der jämmerlichen und versäumten Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die nichts gesagt haben, um die englischen Grubenarbeiter in ihrem Kampf zu unterstützen. Sie haben nicht verhindert, daß die Streikdurchsetzung von Tag zu Tag in größerem Umfang von den europäischen Häfen nach London verlaufen wurde, ja sie haben nicht einmal den Verlust gemacht, die Wehrförderung von Kohlen zu unterbinden. Wenn die englischen Grubenmagnaten und die Baldwin-Regierung den Arbeitern so lange Widerstand leisten könnten, so verdanken sie das der Rückenstärkung, die ihnen durch die jämmerliche Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zuteil wurde. Praktische Unterstützung und ein glänzendes Beispiel proletarischer Solidarität mit den englischen Bergarbeiter haben allein das zuläßige Proletariat und die sozialen Gewerkschaften bewiesen, die bisher allein 6 Millionen Pfund zur Unterstützung zur Verfügung stellten. Erst unter dem Druck dieser glänzenden Solidaritätsbewegung besteht der IGB vor wenigen Tagen, seine Landesföderationen anzurufen, in der ihnen gesetztes erscheinendes (1) Werk die Sammlungen für die Bergarbeiter einzuleiten. Auch dieser Beschuß, der keinerlei konkrete Verpflichtung des einzelnen, dem IGB angehörenden Gewerkschaften auferlegt, zeigt die ganze jämmerliche Haltung des Hauses auf. Noch ist der Ausgang des Kampfes ungewiß. Die Meldung besagt, daß die Bergarbeiter nach wie vor bereit sind, den Kampf fortzuführen. Sollte der heldenmäßige Kampf der Bergarbeiter entgegen allen Erwartungen sein negativer Ausgang, so müssen, wenn schon heute gesagt werden, die Schulden an der Ende nehmen, wenn schon heute gesagt werden, die Niederlage des englischen Proletariats, diese Auswirkung die Bergarbeiterherrschaft bald zu spüren bekommen wird, internationale Arbeiterschaft wird sie sicherlich nicht ausweichen.

Haben die Trusts, hat das internationale organisierte Finanzkapital die Wohlhaber angenommen, die dem europäischen, insbesondere dem deutschen Kapitalismus gelten und, bestreiten aber auch nur föderieren können? Die Antwort gibt die Preisrechnung beim Kalkulationsfall, die Antwort geben jene die Trusts lebt, die Fragen die reformistischen Führer des IGB.

internationalen Kartelle, deren Zweck es ist — nicht die Produktion auszubauen, sondern diese unter Aufrechterhaltung und Erhöhung der Preise dem britischanischen Markt durch Einschaltung einzupassen. Die Trusts, die internationalen Kartelle, die die Gegenleistung der europäischen Werkenjournalisten erwerben, diese Bilder des Kapitalismus sind in Wirklichkeit der Ausdruck des immer mehr zunehmenden Widerpruches zwischen den Produktionsbedingungen des Kapitals, das sich dauernd erweitert, und seinen Bewertungsbedingungen, die dieser Erweiterung nicht Schritt halten.

Und weil so ist, schützen weder die Trusts in den Staaten, noch die internationalen Kartelle zwischen den Staaten österreichische und sozialistische Interessen. Im Gegenteil. Im westeuropäischen Einheitsstaat, das angeblich obiggenannt ist, geht der Kampf um die Höhe der Belohnung der einzelnen Parteien lustig weiter. Jüngst sprach es, wenn es zustande kommt, den Begriffen des kontinentalen Eisenkapitals zum englischen, um damit den imperialistischen Gegensatz zwischen England einerseits und Deutschland und Frankreich andererseits zu. Siegellosen Feindschaften, die in den Grenzen des von ihnen beherrschten Staates rücksichtslos jede Konkurrenz niederschlagen, während außerhalb dieser Grenzen neue Sogenüsse, neue sozialistische Auslandseinheiten treibende Konflikte.

Das Ergebnis des deutschen Kapitalismus, das sich in dem Großraum seiner Schreiber, in den immer offene auftretenden imperialistischen Apparaten seiner Grossbourgeoisie äußert, führt zu neuen Kriegsmöglichkeiten, in die auch Deutschland, und dann auch die deutsche Arbeiterschaft hineingezogen werden wird.

Kriege und Krieg: das ist das unvermeidliche Ergebnis des aufstrebenden Monopolkapitalismus in Deutschland, wenn die Arbeiterschaft ihn nicht niederschlägt.

Das neue Eisenkapital, das mit amerikanischen Dollars gänzt in Deutschland herangewachsen ist, überwindet die Risse nicht. Nur die Arbeiterschaft, in geschlossener Einheitsfront verbündet mit allen Werttümern, kann sie überwinden. Weiß denn je ist es nötig, in jedem Bezieh der Kampf gegen die Verschwendungen zu führen, die der Gegensatz dieser Verkrüppelung, dieses Goldrausches ist durch Lohnsteigerung, durch Arbeitszeitverkürzung, die allein die Hegardt aufzuweichen, die die Arbeiterschaft ihn nicht niederschlägt.

Dem Eisenkapital und seinem Staat gilt der Kampf. Die Verschwendungszeit der aus höchsten Prinzipialistischen Willen gezeigten Zusammenfassung der Produktionsmittel in den Trusts kann allein alle Werttümern, die breite Masse des ganzen Volkes von dem Staat bestreiten, der mit Wucher, Nationalisierung und Hetzweise über Deutschland herrscht.

Dem internationalen Eisenstaat, der internationale Abwendung der Ausbeuter, die neue Krise schafft, stellt das Proletariat die internationale Gewerkschaft ein. Es ist entgegen — auch gegen den Willen der reformistischen Führer, die eben sich im englischen Bergarbeiterkampf mit der internationalen Einheit und Solidarität des Proletariats Schindluder getrieben haben.

Gegen den Völkerbund, den die zu neuen imperialistischen Abenteuern tanzende Bourgeoisie aller Länder nun auch förmlich schwant zu lehren, ist es möglich, fordert das internationale Proletariat das Bündnis mit Russland und.

Unter diesen Bedingungen mobilisiert es zum Kampf der Welttätigen.

Böllerbund hat Arbeiterinternationale

„Der Böllerbund geht es nicht mehr.“

Wieder haben die Sozialdemokraten der Arbeiterschaft immer wieder vorhergesagt, daß eine Verwirklichung des Sozialismus unmöglich sei, ohne vorangegangene Eroberung der Macht in den bürgerlichen Parlamenten. Jetzt hat der geniale Marx Kautsky noch eine weitere Entfernung gemacht: ohne „Eroberung“ der Macht des Böllerbundes durch die Arbeiter gibt es keinen Böllerbund, keinen internationalen Sozialismus.

Wieder sind es linke Sozialdemokratische Faktionen, die sich zur Propaganda dieser neuen Auffassung der Arbeiterbewegung Kautsky übergeben. Die „Deutsche Volkszeitung“, drückt als erste der Art Kautsky Böllerbund und Sozialdemokratie ab, in dem Kautsky auch das Gift des Zweifels an der unterordnenden Kraft der Arbeiterklasse den Proletarien eintrüben will.

Wieder behaupten die Reformisten, daß der Böllerbund eins der Mittel ist, um den Sozialismus zu entwickeln, wie Kautsky es selbst ausdrückt. Kautsky predigt sehr den Gedanken, daß die Internationale erst durch den Böllerbund überhaupt etwas werden kann. Es erklärt wortlich:

„Die Internationale der Arbeiter wird durch den Böllerbund gewiss überzeugt. Sie bekommt vielmehr durch den Böllerbund eine weit sicherere Basis für ihre Entscheidungen, als sie bisher besaß.“

Kautsky, der zu Beginn des Weltkrieges die Internationale als ein Friedensinstrument, aber nicht als ein Werkzeug zur Beendigung von Kriegen befürchtete, hat diesen Gedanken plausibel entwiesen. Er gibt den Gedanken, daß auch nur in Zukunft die Arbeiterinternationale Kriege verhindern könnte, vollkommen auf.

„Es ist nicht daran zu zweifeln, daß, wenn es wieder zu einem Kriege kommt, jener Teil, der als der angegriffene erscheint, wieder die große Mehrheit des Volkes, auch der So-

Der Abtreiberaal

Nur dem Berliner Frauengefängnis

Von E. Hoffmann

Aufnahmedureau des Unternehmungsgefängnisses Altona. Auf der braunen Holzbank sitzt schluchzend eine junge blonde Frau. „Weshalb bin ich eingesperrt?“, fragt darauf ein dicker Beamter — ich bin vor der Schluchzenden aufgeschreckt. „Wege Abtreibung“ kommt es leise und zaghaft von den hinteren Lippen der engländischen Frau. Sie ist eine junge Hebamme; ein Jahr von der Geburtenlektionsklinik entfernt — und nun schon hinter Gefangenennmauer.

Die eigenen gesamtkörperlich zurückgestrahlten — von den jugendlichen Geschäftsmännern misshandelten — Körnerfuß führt verzweifelt zu ihrem Hilfe und Bestand zu leisten ... nun schleppte man sie vor den Richter — angefangen wegen Vergehen gegen Paragraph 218—219. Verzweifelt wie eine Verzweigte schaut sie um sich — ein dunkler Raum mit dem weichen Gesicht an die feste Mauer lehnen. Sie schlägt die Augen — was hat sie getan — armen Frauen geholfen — das zu verurteilen — was nicht geboten werden darf. Armen Frauen, die weiß, wie sie lebt, mit rauem Kindes Mutter werden möchten — wenn nicht die elende Kapitalistenschaft alle Mutterwunschwünsche — und Gefühle im Raum erfüllte. Aber die Justiz schlägt die — alle älteren Hindernisse mordende Kapitalistenschaft — um Proletarierfrauen zu degradieren.

Wer ist hier schuldig — wer darf hier Richter sein? — ? Schuldigkeiten — die Taf ist auf, eine junge Baumstumpf fordert die Säugende auf, und nun geht es durch lange hollende Korridore, von hohen Mauern eingefriedete Höfe. Da — ein langgestrecktes rotes Gebäude — eine kleine Tür wird aufgeschlossen — weder geschlossen und die junge Hebamme befindet sich im Frauengefängnis. Nun geht es wieder über steinerne Treppe zum Boden, dann wieder durch hollende Räume. — Vor einer mit schweren Riegel verklebten Tür mit der Nummer 40 mannt die Aufseherin mit der Gefangenens Halt — schlägt auf — sieht die Aufschluchzende hinter und des „Abtreiberaal“ hat seine vierzehnte Insassin. Verkümmert schaut die Hintergebliebene um sich — von dreizehn Augenpaaren neuerig betrachtet — dann schlägt sie beide Hände vors Gesicht — fällt in sich zusammenbrechend an die Wand zurück und bricht in hilfloses Schluchzen aus.

„Sie ist hier nicht geboren worden. Keinerlei Form der Internationalen gibt das verhindern können.“

Nur noch der Böllerbund kann nach Kautsky Krieg verhindern; die Internationale wird es viel weniger tun können als der Böllerbund. Selbst Kautsky, der mit Scheitern an der Wirklichkeit vorüberläuft, kann dabei allerdings nicht übersehen, daß der Böllerbund heute der Spießruten vor mittelständischen Machtgruppen ist. Aber er trifft sich darüber hinweg. Selbst der Streit von Staaten innerhalb des Böllerbundes sei noch immer besser als der Krieg ihrer Eigenstaaten untereinander vorbereitet und eingesetzt.

Kautsky hat aber noch einen anderen Vorschlag zur Verbesserung des Böllerbundes. Die Sozialisten müssen sich den Böllerbund erobern.

Um leichteren werden sich die sozialistischen Vertreter im Böllerbund zusammenfinden. Bleiben ihre Vorgesetzten Sozialistengruppen, dann befürmt die vereinigte sozialistische Front den unheimigen Gegnern gegenüber eine größere Macht, als dem bloßen Zahlenspiel zwischen Bürgerlichen und Sozialistischen Stimmen entspricht.

In keinem Schlussjahr fehlte Kautsky wiederum, doch es eine wirkliche Internationale noch nicht gäbe und daß doch alle sozialistische Kraft am Böllerbund betrete, den Splitter im Zuge der Bürgerlichen leben, aber an den Seiten im eigenen Auge nicht zu denken. Wie leicht hingegen die Sozialisten sich im Böllerbund verständigen werden, bemüht die Tätigkeit des französischen Sozialdemokraten Bonnot, des Verteidigers der bürgerlichen Bourgeoisie Regierung. Es gibt keinen Zweck, der die sozialistischen Sozialisten und Böllerbundvertreter, der vor gut nicht langer Zeit die bestimmt verabschiedete gegen die Sozialisten hielte.

Dieser Artikel Kautskys ist im ganzen eine neue Befreiung des vollkommenen Bankrotts der sozialdemokratischen Parteien in theoretischer und praktischer Beziehung. Die Parteien, die die Zweite Internationale vor dem Krieg entstellt, werden völlig aufgesponnen sagten einer leichten, unvermeidlichen Betrachtung und einer jeden revolutionären Willen im Keime explodieren Proazio.

„Wir sind begeistert...“

Wie unter Bruderblatt „Der Kämpfer“ berichtet, hat der Chemnitzer Syndikat Schönberger (SPD), der als Mitglied der 2. Deutschen Arbeiterdelegation jetzt Kautsky bereit, folgende Karte an einen Chemnitzer Parteigenossen geschrieben:

Rosau, den 8. August 1925.

Sehr Genosse...!
Ich heute kommen wir etwas zur Befreiung, um auch mal in die Heimat ein Lehenzeichen zu leisten. Ueber Erfolge will ich nichts vor einer kurzen Karte schreiben, dazu ist es zuviel. Wir sind begeistert und erfreut von der Arbeit, die hier geleistet wird, und von den Menschen, die am Werk sind. Vieles Grüße... von Ihnen Schönbäcker.

Hörung „planmäßig“ beurlaubt

Berlin, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Die „Deutsche Tagesschaltung“ beschreibt, daß Hörung noch einer am Freitag stattgefundenen Pressekonferenz mit dem preußischen Innensenator Seering in Berlin über den Magdeburger Fall einen „planmäßigen Urlaub“ angekündigt habe. Der „planmäßige Urlaub“ scheint in Magdeburg mögern zu werden. Auch Kautsky ist ebenfalls nach einem für ihn äußerst fröhlichen Augenblick in seinen „planmäßigen Urlaub“ gegangen. Mindestens ist es eigentlich, daß über den Inhalt der Pressekonferenz Hörungs mit Seering keinerlei amtliche Meldungen vorliegen.

Granaten oder zylindrische Eisenblöcke?

Kontrollrevolutionäre Rüstungen.

Frankfurt a. M. (Eig. Drahtbericht) Unter in Frankfurt erscheinendem Parteiblatt, die „Arbeiter-Zeitung“, veröffentlichte Meldungen über das Auftreten eines Englers von Granaten bei einer Darmstädter Firma für landwirtschaftliche Maschinen. Dort wurde der Arbeitern am 17. Juni bestohlen, wie 13 Kisten Granaten untergebracht wurden. Die 13 Kisten waren zum Teil an die Darmstädter Firma für landwirtschaftliche Maschinen und an verschiedene andere Firmen geliefert worden. Die Arbeiter machen der Polizei sofort Mitteilung und halten — Untersuchung und Beschlagnahme unter Anwesenheit der Arbeiter verlangt. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Arbeiter erhielten auch nachdrückliche Anweisung: Die 13 Kisten sind vorhanden. Es handelt sich aber nicht um Granaten, sondern um zylindrische Eisenblöcke, die von der Firma zur Absicherung einer neuen Maschine gebraucht werden.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Arbeiter erhielten auch nachdrückliche Anweisung: Die 13 Kisten sind vorhanden. Es handelt sich aber nicht um Granaten, sondern um zylindrische Eisenblöcke, die von der Firma zur Absicherung einer neuen Maschine gebraucht werden.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Polizei weiß, daß die Arbeiter nicht Rüstungen und Waffen der Polizei haben und hält sie auf. Mon entwirft ihnen, daß kein Beamter der Rechnungspolizei sei. Trotzdem hatte die Polizei nach gründlichen Ermittlungen nichts Eiligeres zu tun, als nach einer Befestigung die Firma zu warnen, da nach Anzeige der Polizei am 17. Juni mit einer Nachfrage zu rechnen sei.

Die Magdeburger „Zribüne“ verboten

Unerhörte Knebelung der kommunistischen Presse

Unser Bruderblatt, die „Zribüne“, ist auf vierzehn Tage für die Zeit vom 17. bis 30. August, wegen „Beleidigung“ der Republik verboten worden. Die Beleidigung wird im Titel des bekannten Gedichts erblickt.

Die gesamte Arbeiterschaft muß den Unterdrückungskampf gegen die kommunistische Presse mit dem sozialistischen Preis anstrengen. Wenn die Bourgeoisie glaubt, durch diese Mittel die Wirkung der kommunistischen Propaganda unterdrücken zu können, so wird sie eine Enttäuschung erleben. So mehr kann die kommunistische Presse, um ihre Presse schützen.

Vor neuen Kämpfen im Ruhrgebiet

Berlin, 18. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Am 19. Aug. fanden nach eingeladener Einladung der Gewerkschaftsverbände Lohnverhandlungen zwischen dieser Organisation und den 4 vertraglich feststellenden Betriebsräten statt. Die Unternehmer rechnen mit einer Abwertung auf Erhöhung der Lohnsätze um 10 Prozent unter dem Friedenslohn liegen.

Auch die Metallarbeiter kündigen das Lohnabkommen.

Eben, 17. August. (Telefon.) Dem Vorgehen der Gewerkschaftsverbände entsprechend haben auch die Metallarbeiterorganisationen beschlossen, das geltende Lohn- und Arbeitszeitabkommen mit der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie vom 20. September endgültig zu kündigen.

Streit in den Berliner Brauereien

Berlin, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die auf Zusammenschluß der Gewerkschaften zusammen mit der SPD aufgerufenen Demonstrationen der Berliner Erwerbslosen, zu denen der Zentralrat der Erwerbslosen zusammen mit der KPD aufgerufen hatte, nahmen in allen Bezirken einen glänzenden Verlauf. Sie zeugten von dem steigenden Kampfgeist der Erwerbslosen, aber auch von dem Zusammengeschleiftgefühl zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden.

Endrucksolle Erwerbslosenfundgebungen in Berlin

Berlin, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die gekrönte Demonstration der Berliner Erwerbslosen zusammen mit der KPD aufgerufen hatte, nahmen in allen Bezirken einen glänzenden Verlauf. Sie zeugten von dem steigenden Kampfgeist der Erwerbslosen, aber auch von dem Zusammengeschleiftgefühl zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden.

Zugung des anglo-russischen Komitees am 20. August

Blossau, 17. August. (Drahtbericht.) Eintrittsliste an den Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion ein. Ein Telegramm, in dem er kündigt, ihm Ort und Zeitpunkt für die Beleidigung des anglo-russischen Komitees anzugeben. In dem Antworttelegramm des Vorsitzenden der Gewerkschaften der Sowjetunion wird vorbereitungen, das anglo-russische Komitee in Berlin am 20. August einzutreffen und die Sitzung der englischen Bergarbeiter als erste und hauptsächliche Frage auf die Tagessitzung zu setzen.

Noch 1 Million Rubel für die Bergarbeiter

Das Internationale Propaganda- und Agitationsteam der revolutionären Bergarbeiter richtet an die gesamte Arbeiterschaft der Welt einen Aufruf zur schweren Hilfe der englischen Bergarbeiter. Der Aufruf fordert zur Abfassung eines kleinen Teiles vom Lohn, Vermeidung der Bergarbeiter und Aussiedlung nach England und zum Kampf um die Erhöhung der eigenen Löhne auf.

Der allrussische Verband

Nieder mit den Spaltern!

Die gemeinsame Plattform des Parteiverräters Korsch mit Maslow-Ruth Fischer — Sie organisieren gemeinsam die Spaltung der kommunistischen Partei Deutschlands!

Nachstehend unterbreiten wir der Parteimitgliedschaft ein gesuchtes Rundschreiben Nr. 103, das den bündigen Beweis liefert, daß die Einheitsfront Ruth Fischer-Maslow-Korsch gegen unsere Partei im vollen Umfang hergestellt ist. Bereits vor mehreren Tagen hatte das ZK-Kommunismus einen Auftrag, der von Ruth Fischer-Maslow in die Partei zwecks Sammlung von Unterschriften verabschiedet wurde. Wie aus dem Korsch-Dokument ersichtlich ist, handelt es sich um Grund dieses Austrittsverhandlungen zwischen Korsch einerseits, Maslow-Ruth Fischer andererseits statt. (Die Rolle des Genossen Weber ist noch nicht geklärt.) Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurden zahlreiche grundlegende Zusätze Korsch's in den Aufruf aufgenommen und liefern als gemeinsame Plattform an die Gruppierungen verschickt.

Es ist das eingetreten, was von der Parteimehrheit seit Monaten den Anhängern der Opposition ins Gedächtnis geprägt wurde: Der Weg Ruth Fischer-Maslow geht zum Neuen kommt. Wer kann dies bestreiten? Heute ist es auch klar, worum Maslow sich mehrmals weigerte, den Beschlüssen der Internationalen Kontroll-Kommission nachzukommen. Es zieht es nur, unter dem wohlwollenden Schutz des Obersteueramts Werner die Partei zu spalten. Heute läßt sich auch offiziell bis zum Ende des Eisenbahnerlandes Maslow's in Deutschland. Wir werden morgen auf den ganzen Feierabend ausführlich eingehen und noch andere Beweise für die organisierten Vorbereitungen zur Parteispaltung durch Maslow und Fischer erbringen.

Die politische Bedeutung der gemeinsamen Erklärung ist klar und eindeutig: Ruth Fischer und Maslow haben sich dem politischen Kommando Korsch's unterstellt. Der aus der Vorzeit aufgeschlossene Neugang organisiert, mit beiden Füßen fest auf dem Boden der Bourgeoisie stehend, die Parteispaltung. Ruth Fischer und Maslow sind keine Agenten innerhalb der Partei. Dieser Zustand ist so klar wie die Sonne. — Die revolutionären Arbeiter werden jetzt begreifen, warum das Konservativen ihnen immer und immer erklärte, daß jede Gruppe, die es ablehnte, einen klaren Trennungsrückstand zwischen sich und dem Parteiverräter Korsch zu ziehen, über kurz oder lang bei Korsch landen müsse. Wir fordern alle Parteigenossen auf, die Unterschrift unter das von Korsch, Maslow, Ruth Fischer verbreitete Dokument der Vorbereitung der Parteispaltung abzulehnen. Es ist jetzt besonders Aufgabe der oppositionellen Genossen, zu beweisen, daß ihnen die Einheit der Partei über alles geht. Für alle wirtschaftlichen Kommunisten kann es jetzt nur eine Lösung geben: Troch aller Gegenfrage — eiserner Front gegen die Spalter!

★

Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

Strenge vertraulich!

Werter Genosse! Du erhältst in der Beilage eine Erklärung, die bis spätestens Dienstag abends mit möglichst viel Unterschriften von jungen und ehemaligen Funktionären versehen, an uns zurückzusenden ist.

Als bekannt sein würde, hätte die Gruppe Ruth Fischer-Maslow eine Erklärung ausgearbeitet, die an das ZK, der KPD, und an das KAAJ gerichtet war und auf die in allen beiden Unterschriften gesammelt werden sollten. Es war dann dieser Gruppe gelungen, auch die Weber-Gruppe zur Teilnahme an der Aktion zu überreden.

Wir schauten zunächst ab, uns an dieser Aktion zu beteiligen, da diese Erklärung in ihrer ersten Fassung durchaus nicht mit dem Standpunkt unserer Gruppe vereinbar war. Wir hatten jedoch in den Verhandlungen über die Frage unserer Teilnahme an dieser Aktion erreicht, daß zwar selbstverständlich nicht die anderen Gruppen sich zur „Entsiedelten Linke“ befreien hätten, wir aber erzwangen, daß

bedeutende Verpflichtungen durchgesetzt würden, so daß daran nichts enthalten ist, das nicht mit unserer Linke vereinbar wäre.

Wir nehmen daher an dieser Aktion teil. Wir können bei dieser Aktion, die zweifelsfrei gegen das ZK und das KAAJ gerichtet wird, nicht auf Seite stehen. Auf der anderen Seite wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn unsere Genossen nicht nur einen Augenblick verzögern wollten, auf die Unzulänglichkeit der Opposition der Fischer- und Weber-Gruppen, soviel auf die Wünsche der Erklärunghinzuweisen. Es ist unbedingt die Würde unserer Genossen, nach wie vor unsere ganze Linke zu vertreten. Wir erklären überall, daß zwar die gemeinsame Erklärung auch in ihrer heutigen Form und vorläufigen Form unzulänglich ist, daß wir aber unser Untergestell leisten, weil 1. es eine Aktion gegen das ZK ist, und 2. wir bereits die Aktion weiter getrieben haben, als ihre ersten Wörter beabsichtigten, und wie sie noch weiter treiben werden.

Bereits durch unsere Teilnahme werden indirektweise ein Teil der rechten Flügel dieser Gruppen abgetrennt.

Ebenso werden im Verlauf der Aktion bei dem zu erwartenden lokalen Befreiungskampf natürlich gerade die Anhänger vieler schwulenten Gruppen am ehesten schwulent, so daß es keineswegs ausgeschlossen erscheint, daß im Verlaufe der Aktion

die Führung an unsere Linke entschiedene Gruppe übergeht.

Außerdem wird noch eine besondere Erklärung der ausgeschlossenen Genossen der Entsiedelten Linken erscheinen, die unseren Standpunkt voll und ganz darstellt. Unsere Genossen werden sich mit dieser Erklärung überall politisch solidarisieren. Dieses wird selbstverständlich, sowie die Erklärung an das ZK, an die Deutschen Nationalpartei kommt, die Entsiedelte Linke in der kommunistischen Politik, wie überall, wo wir auftreten, eine starke Kritik an der Unzulänglichkeit ausüben. Unser Verhalten entspricht der Aufgabe unserer Gruppe.

Kimmerwald und Kimmerwalder Linke.

Die Genossen erleben aus den nachfolgenden Ausführungen, welche wesentlichen Verschüttungen wir hineingebracht haben.

1. Während ursprünglich die Erklärung keinen Zweck davon ließ, daß sie nur den „politischen Standpunkt“ und auch nur der „Opposition in der KPD“ teilte, heißt es jetzt im der Erklärung, daß „wie und nach wie vor mit den politischen Ausschüttungen und dem Auftreten des Vertreters des Leninistischen Proletariats solidarisiert“. Mit dem Solidarität mit dem Auftreten der Vertreter des Leninistischen Proletariats solidarisierten sie sich auch mit den Aktionsarbeiten der Genossen Lashewitsch, Belenko u. a. Die Konsequenzen davon sind ungeheuer groß.

2. Wie in der Erklärung zitierte Resolution zur russischen Frage der Weber-Gruppe, die die Fischer-Gruppe in der Berlin-Brandenburgischen Bezirksleitung vom 1. August angenommen hatte, und die gemeinschaftlich von Weber und Urbahn in der ZK-Sitzung vom 6. August eingebracht wurde, läßt nun eine wesentliche Bestandsteil der Erklärung. Durch unser Vorgehen ist sie Teil einer rein stilistischen Darstellung der von deutschen Kommunisten eingebrochenen Resolutionen gegen das ZK geworden.

Durch Einschaltung der Worte: „Die Unterzeichneter erklären“ ist erreicht worden, daß die eigentliche Erklärung der Unterzeichneter klar und scharf von dem Vorbericht über die früheren Resolutionen der verschiedenen Gruppen getrennt wurde. Damit ist zweifellos leichter,

dass die Unterzeichneter die Erklärung der Wedding-Resolution nur als geschichtliche Art zur Kenntnis nehmen.

ebenso wie die anderen Resolutionen, daß sie aber diese Weddinger Resolution nicht etwa annehmen oder sie ihrem Inhalt zu eigen machen. Was sämtliche Unterzeichnenden politisch zum Ausdruck bringen, sind nur die erheblich verschiedenen weiteren Erklärungen, die eingeleitet werden mit den Wörtern: „Die Unterzeichneter erklären.“

Was jetzt kommt, sieht teilweise zu der Weddinger Resolution im schärfsten Widerspruch.

Außerdem ist erreicht worden, daß als gleich mit dieser Resolution die Erklärung der Minderheit auf dem Berliner Parteitag, die von 35 Delegierten unterschrieben war, hinzugenommen worden. Diese Resolution von den Delegierten der drei Gruppen eingebracht, enthält wesentliche Verschüttungen. Wir sehen sie — damit unsere Genossen darauf Bezug nehmen, hierüber:

Erklärung zur russischen Frage.

Die Unterzeichneten Delegierten des Bezirksparteitages Berlin-Brandenburg-Lausitz erklären:

„Wir sind jetzt davon überzeugt, daß die Differenzen innerhalb der KPD, die auf dem 14. Parteitag zutage traten, grundlegende Fragen zwischen denjenigen führenden Gruppen des ZK der KPD und der Leningrader Organisation darstellen. Diese Differenzen bestehen für soviel auf die Fragen der Politik der KPD, wie die Fragen der inneren Auseinandersetzung der KPD. Die unterzeichneten Delegierten sind voll und ganz mit der Leningrader Opposition, von der sie überzeugt sind, daß sie im Kampfe um die Politik der KPD und Kommintern die richtige leninistische Linie vertreten hat, und daß sie allein die Tradition Lenins wirklich fortsetzt. Obwohl in der Leningrader keine Diskussion vorhanden hat, behauptet der gegenwärtige Führer der KPD, Genosse Thälmann, auf dem Forum der Generalsekretärat, daß die ganze KPD hinter dem Generalsekretärat steht. Nach unserer letzten Überzeugung bestehen die Arbeitnehmer der KPD, die mit dieser Siedlung in Sovjetrussland hängen, insofern, daß die Leningrader Opposition in diesem Kampfe der Kommintern gegen revisionistische, liquidatorische Strömungen verteidigt, und daß sogar die Führer der Kommintern, Genosse Ehndohler, ihr gegen die öffnen rechten Strömungen frontieren. Der Belakungsgeist in der KPD, vor allem die fortwährende Haltung mit dem Schlagwort des „Antibolschewismus“ verhindern die proletarischen Mitglieder der KPD, heute noch davon, ihrem Interesse zu folgen und sich offen für die Leningrader Opposition zu erklären. Die Unterzeichneten sind fest davon überzeugt, daß im Augenblick, wo das Material für die russische Diskussion der breiten Masse wirklich zuverlässig gemacht würde, 90 Prozent aller proletarischen Mitglieder sich für Leningrad und seine Linie entscheiden werden.“

Ebenso wurde vollkommen gleichzeitig mit dieser Resolution der entschiedenen Linke,

die in unserer Zeitschrift „Kommunistische Politik“, Nr. 11/12, und von der ein Aufzug belegt. Diese Resolution ist bereits in München-Plabach und anderen Orten eingereicht worden.

Damit ist eine weitere Verstärkung erzielt.

Die Weber-Resolution wird allerdings anstatt wie die anderen Resolutionen zitiert, abgedruckt. Wenn die Weber-Resolution nicht inhaltlich widergegeben wäre, hätte die Weber-Gruppe aus grundsätzlichen Motiven die Aktion scheitern lassen. Da sie nicht mehr ein Bestandteil der Erklärung sondern nunmehr historisch festgestellt wird, daß sie eingebracht wurde, glaubten wir es nicht verantworten zu können und die Aktion abschließen.

Dejgen ist dem Inhalt der Resolution an entscheidenden Stellen direkt widersprochen worden.

1. Das ist vor allem geschahen

in dem von uns ganz hinweggebrachten Abschnitt

zu Beginn der Erklärung:

Seit dem 14. Parteitag haben sich die Gegenseite in der gegenwärtigen Zeit deutlicher gezeigt, daß die Richtung des Standpunktes der Leningrader Opposition, die sich erklärt

gegen die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande,

für die energischste Unterstützung und Steigerung der revolutionären Bewegung in allen Ländern und für die Durchführung einer proletarischen Klassenpolitik in der UdSSR, bis zum Triumph des Sozialismus durch den Sieg der Weltrevolution.

Während die Stalin-Mehrheit die vorhandenen Elemente des sozialistischen Aufbaus in Sowjetrussland idealisiert und hochhält, während sie verschweigt, daß das verlangsame Tempo der anhauptsächlichen revolutionären Bewegung die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion hemmt und mit ihrer Politik die Arbeitersklasse der ganzen Welt demoralisiert,

hebt die Minderheit auf dem Standpunkt einer klaren sozialistischen Charakterisierung der russischen Industrie als kapitalistisch.

Die Minderheit, die sich niemals gegen die Leninische Schwenzung zur Rechten gewendet hat,wendet sich gegen die gegenwärtige Überhöhung des Rechten in die Rechte. Unter der Rechten wendet sich die Minderheit mit demagogischen Reden gegen die Lohnhöhung, indem sie behauptet, die Opposition fordert Erhöhung der Industriepreise, während die Minderheit lediglich die Erhöhung der Löhne auf das Niveau des Reallohns von 1925 fordert. Angesichts der allgemeinen Lage der Industrie und der Arbeitslosigkeit bekämpft die Minderheit jegliche Verlängerung der Arbeitszeit über den sozialversicherungsmäßigen Abschluß hinaus und fordert eine lediglich auf die Masseninteressen des ländlichen und städtischen Proletariats gerichtete Gewerkschaftspolitik in den privaten und in den staatlichen Betrieben.

Die Minderheit beläuft auf sich selbst das Einfordern nicht proletarischer Elemente in die Macht und die Entzettelung der Klassendiktatur des Proletariats, wie sie am frischen in der neuen Bucharestischen Lösung der „Umwandlung des Bürgerkriegs in den Bürgersiedlungen“ zum Ausdruck kommt.

Wir haben hierbei nur als Wesentliches heraus, daß 1. in der Weddinger Resolution die russische Staatsindustrie zwar konsequent sozialistische Tugt aber nicht rein sozialistisch sei. Dagegen heißt es, daß diese Staatsindustrie als charakteristisch ist als „ganz kapitalistisch“. In der Weddinger Resolution wird gefordert, die Heranziehung aller Genossen, ohne Unterschied ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit (also auch Brandner, Thälheimer usw.), zur verantwortlichen Mitarbeit.“ Dagegen heißt es jetzt in unserer Erklärung: „Wir wenden uns aufs schärfste gegen die Auspliierung der KPD und der ZK an die Vertreter des Neubündnis und des Opportunismus, insbesondere gegen die persönliche Diktatur des Generalsekretärs Stalin.“

Eine weitere wichtige Änderung ist die Hinzufügung, daß die verschiedenen seitherigen oppositionellen Gruppierungen sich bloß zu einem „fiktiven Block“ gegen die Linie der Stalinistischen Minderheit geschlossen haben, während bisher von einem „Zusammenklang“ die Rede war.

2. Wir fordern unsere Genossen auf, mit der größten Aktivität bei der Sammlung der Unterschriften vorzugehen. Das ist besonders wichtig, da

bei der ziemlich großen Möglichkeit eines späteren Zurückgewehens der Unterschriften von Seiten der schwulenten Elemente

dieser schwulenten Gruppen die Führung völlig auf uns übergehen kann. Die Sammlung muß schnellstens bei allen Funktionären der Partei im Auge vorgenommen werden, die gesammelten Unterschriften bis spätestens Dienstagabend an die Kreise des Politischen Sekretärs gesandt werden.

3. Wir erfreuen uns, daß der Generalsekretär der KPD, heute noch davon, ihrer Schwulen und ihrer Konservativen, die richtige leninistische Linie vertreten, insofern, daß die Leningrader Opposition in diesem Kampfe der Kommintern gegen revisionistische, liquidatorische Strömungen verteidigt, und daß sogar die Führer der Kommintern, Genosse Ehndohler, ihr gegen die öffnen rechten Strömungen frontieren. Der Belakungsgeist in der KPD, vor allem die fortwährende Haltung mit dem Schlagwort des „Antibolschewismus“ verhindern die proletarischen Mitglieder der KPD, heute noch davon, ihrem Interesse zu folgen und sich offen für die Leningrader Opposition zu erklären. Die Unterzeichneten sind fest davon überzeugt, daß im Augenblick, wo das Material für die russische Diskussion der breiten Masse wirklich zuverlässig gemacht würde, 90 Prozent aller proletarischen Mitglieder sich für Leningrad und seine Linie entscheiden werden.“

4. Wir machen unsere Genossen nachdrücklich darauf aufmerksam, daß sie unbedingt strenge Diskussion über diese Vorgänge wahren müssen, da eine vorszeitige Entscheidung außerordentlich schädlich wäre, sann bei einer solchen Entscheidung die Urfahrt auf unserer Bewegung zurückgeführt würde.

Wir bitten auch alle jene Genossen, die unter uns stehen mit diesem Schritt nicht einverstanden sind, die Bewegung nicht zu hemmen und zu hindern, wir werden auf der bald stattfindenden Reichstagskonferenz ausführlich zu dieser Frage Stellung nehmen.

Mit revolutionärem Gruß!

Geschiedene Linke innerhalb der KPD.

Staatsbeamte dürfen nicht Kommunisten sein. Jährl. Schon vor einiger Zeit haben die Behörden in Ostland und anderen Staatsbeamten unter Androhung sofortiger Entlassung bestanden, der Ostdeutschen Kommunistischen Partei als Mitglied beizutreten. Jetzt haben sich alle östlichen Behörden ähnliche Verbote erlassen. In Semarang (Java), dessen Bürgermeister sich nicht entschließen konnte, den Befehl zur Verhinderung, hat der fast ausschließlich aus Ostländern bestehende Stadtrat dies Verbot erlassen.

Die Kommunistische Partei Belgien hält ihren vierten Kongress am 21. d. Ms. ab.

Erhöhung der staatlichen Eisenbahn tarife. Der Oberste Eisenbahnrat trat zur Beratung über die Erhöhung der Eisenbahn tarife zusammen. Nach einer längeren Diskussion wurde eine Erhöhung um 30 Prozent für die Personentarife und um 24 bzw. 28 Prozent für die Gütertarife beschlossen.

Einnahme Scheitern durch die Spanier? Nach dem amtlichen Bericht über die Lage in Marocco haben die Spanier Scheitern am Dienstag vormittag um 8 Uhr besetzt und ab dann Abstellungen abgesetzt, die die Höhen von Kalahute absteigen.

Oppositionelle DMV-Bertrauensleute! Erscheint restlos zu der heute abend 7 Uhr im **General-Gesamtversammlung**
Volkshaus, Ritterbergstr., (Großer Saal) stattfindenden

104

Rommunisten und Gewerkschaften

Nach dem Verbandsitag der Metallarbeiter

Die "Leipziger Volkszeitung" vom 12. August bringt unter einer Überschrift einen Leitartikel, der zweifellos von einem Dörmann nahezu schreibenden DGB-Kontaktor geschrieben ist. Es geht darin nachweislich verlust, daß die Kommunisten nicht nur am Verlust von über der Hälfte der ehemaligen DGB-Mitglieder schuld sind, sondern daß sie auch die Schuld tragen, wenn die „linken“ Dörmann „Dörmann und seiner Freunde“ im Metallarbeiterverband nicht zur Durchführung gelange. Ja, es wird sogar behauptet, daß die Dörmann-Politik die Absehung seitens einer allerdings recht schwachen Rechten und der Kommunisten erlaubt. Wie in den Parlamenten, wo die Kommunisten aufzubrechen waren, um mit den Rechtsparteien aufzutreten und deren Politik Nachdruck geben, so wüteten sie auch in den Gewerkschaften auf die Stärkung jener von ihnen angeblich so sehr bekämpften „Rote-Reformisten hin.“

Die „linken“ Sozialdemokraten wollen mit dieser Behauptung offensichtlich den über den Verlauf des Verbandsitages unzufriedenen sozialdemokratischen Verbandsmitgliedern eine Erklärung geben, warum die „radikale“ Dörmann-Politik in seinem Kabinett auch nur die geringsten Ausdrücke durch bestimmte Beziehungen auf dem Verbandsitag fand. Dieses Manöver zeigt die rechte Heilegkeit und Zämmertüchtigkeit der „Linken“. Wie sie selbst gestehen, wäre die Rechte allerdings recht „schwach“ auf dem Verbandsitag vertreten gewesen. Wenn dies stimmt — öffentlich ist ja das gegenseitige Stärkeverhältnis der „Linken“ und Rechten auf dem Verbandsitag nicht feststellbar — so müste man beim letzten Willen keine Linken finden — dann hätten sie leicht die Rechte gewählt, durch Fassung bestimmter, richtunggebender Politiklinie, wie auch durch die Wahl eines anderen Verbandsvorstandes ihre angeblich revolutionären Linke festzulegen und zu potenzieren. Was aber hat die „Linke“ getan? Sie, die noch ihren eigenen Angriffen die Mehrheit auf dem Verbandsitag zugesprochen, wählt einen Vorstand, der folgendermaßen aussieht: von den 3 bestehenden 2 Rechte (Reich und Sonder) und ein linker (Dörmann), von den 2 Kassierern und 4 Sekretären gilt einer (Schöler) als „Linker“ und von den 9 unbefoldeten Beiräten gelten bestens 2 (Sletor und Schwanzle) als „Linke“. Also von den insgesamt 18 Vorstandsmitgliedern sind 14 ausgeschlossene Rechte und nur 4 „Linke“.

Die Behauptung, daß die Kommunisten mit den Rechten zusammen gegen Dörmann gegangen wären, ist um so unkinntiger, als diese — leßt wenn es die Kommunisten gewollt hätten — keinerlei Möglichkeit bestand, denn außer bei der Frage der Sitzverteilung des Verbandes, gab es keinen einzigen Punkt, wo die SPD-Faktion nicht geschlossen, also „Linke“ und Rechte gemeinsam auftrat. Bei der Sitzverteilung waren aber gerade die Leipziger „Linken“ die Führer der Opposition gegen Dörmann und die übrigen Verbandsmitglieder. Also kann auch hier der Verdacht gegen die Kommunisten nicht aufstehen.

Über wenig die „Linken“ etwa argumentieren sollten, doch das Unrecht der Kommunisten sie verschuldet hätte, gegen die rechte Stellung zu nehmeln, ist mit auch dieser Einwand hinfällig,

daß die Kommunisten nur etwa ein Sechstel des Verbandsrates darstellen, die Rechten nach den eigenen Worten der „LB“ sehr jedoch waren, hatten also die „Linken“ allein die große Mehrheit des Verbandsitages. Außerdem kam das auch zum Ausdruck in der Tatsache, daß 2 „reine“ Dörmann-Freunde die Führer der SPD-Faktion waren. Also, wer hat die „Linke“ an der Tat gehindert? Niemand! Nur ihre eigene Feigheit!

Genau so gut, wie die Feigheit der Leipziger „Linken“ den Zorn des Dreihundertzwanzig-Schillings im DGB-Ausschuß verhüllte. Oder wollen sie etwa auch hier die Kommunisten ausschließlich machen? Es war doch geradezu ziemlichlich, wie Dörmann auf dem Verbandsitag vor Leipzig zusammenkam, obwohl dieser nicht mehr mit sozialdemokratisch-reformistischen, sondern schon mit rein bürgerlich-volksparlamentarischen Argumenten die Überzeugungspolitik vertrieb. Dörmann wagte darüber nicht ein Wort zu sagen, ja er erklärte sogar, daß er mit der Linie des ATGB im großen und ganzen einverstanden war. Wie lächerlich wirkt angeblich dieser Tatsache die Behauptung, daß die Kommunisten mit den Rechten zusammen gegen die Dörmann-Politik Stellung nehmen.

Dörmann und seine Freunde haben sich während der ganzen Tagung engstinctig gehütet, auch nur zu einer von der Opposition vertraglichen prinzipsiellen Frage konkret Stellung zu nehmen.

Wie ist ein erfolgreicher Kampf während der Krise und riesigen Arbeitslosigkeit zu führen? Wie steht der Vorstand zur Frage der Kampfbündnisse mit anderen Industriegruppen? Wie ist praktisch die Riesenherrschaft der Gewerkschaften in den Industrien? Wie ist mit Erfolg zu kämpfen gegen die Rationalisierung und Betriebsstilllegungen? Diese Probleme erhielten für die „Linken“ ebenso wenig wie für die Rechten. Waren sie über allen diesen Fragen gegenüber sehr passiv, so wurden sie um so aktiver, wenn es gegen die Kommunisten ging. Dörmann, der mit Reaktionären immer keine „Sympathie mit Sowjetunion“ bekundet, stellte sich praktisch in der Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit, in der Frage der Arbeiterschaft und Gewerkschaftsdelegation nach Sowjetunion genau so reaktionär ein, wie die Partei, Graumann oder der „Vorwärts“. Dörmann und seine Freunde waren es auch, die die verbandssetzende Auschlussklausur gegen die Kommunisten nicht nur vertraten, sondern auch für die Zukunft androhten. Die „LB“

scheint: „Leider ist das Verhältniswohlgehalten auf dem Verbandsitag nicht beklungen werden.“ Doch es waren vor allem die Dörmann-Leute, die gegen diesen Antrag sprachen und ihn gemeinsam mit den Rechten zu Fall brachten.

Die Dörmann-Leute wissen auch sehr gut, daß die Behauptungen der Gewerkschaften wahrhaft schuld an der Massenflucht aus dem Metallarbeiterverband nicht zur Durchführung gelange. Ja, es wird sogar behauptet, daß die Dörmann-Politik die Absehung seitens einer allerdings recht schwachen Rechten und der Kommunisten erlaubt. Wie in den Parlamenten, wo die Kommunisten aufzubrechen waren, um mit den Rechtsparteien aufzutreten und deren Politik Nachdruck geben, so wüteten sie auch in den Gewerkschaften auf die Stärkung jener von ihnen angeblich so sehr bekämpften „Rote-Reformisten hin.“

Die „linken“ Sozialdemokraten wollen mit dieser Behauptung offenbarlich den über den Verlauf des Verbandsitages unzufriedenen sozialdemokratischen Verbandsmitgliedern eine Erklärung geben, warum die „radikale“ Dörmann-Politik in seinem Kabinett auch nur die geringsten Ausdrücke durch bestimmte Beziehungen auf dem Verbandsitag fand. Dieses Manöver zeigt die rechte Heilegkeit und Zämmertüchtigkeit der „Linken“.

Wie sie selbst gestehen, wäre die Rechte allerdings recht „schwach“ auf dem Verbandsitag vertreten gewesen. Wenn dies stimmt — öffentlich ist ja das gegenseitige Stärkeverhältnis der „Linken“ und Rechten auf dem Verbandsitag nicht feststellbar — so müste man beim letzten Willen keine Linken finden — dann hätten sie leicht die Rechte gewählt, durch Fassung bestimmter, richtunggebender Politiklinie, wie auch durch die Wahl eines anderen Verbandsvorstandes ihre angeblich revolutionären Linke festzulegen und zu potenzieren. Was aber hat die „Linke“ getan? Sie, die noch ihren eigenen Angriffen die Mehrheit auf dem Verbandsitag zugesprochen, wählt einen Vorstand, der folgendermaßen aussieht: von den 3 bestehenden 2 Rechte (Reich und Sonder) und ein linker (Dörmann), von den 2 Kassierern und 4 Sekretären gilt einer (Schöler) als „Linker“ und von den 9 unbefoldeten Beiräten gelten bestens 2 (Sletor und Schwanzle) als „Linke“. Also von den insgesamt 18 Vorstandsmitgliedern sind 14 ausgeschlossene Rechte und nur 4 „Linke“.

Die Behauptung, daß die Kommunisten mit den Rechten zusammen gegen Dörmann gegangen wären, ist um so unkinntiger, als diese — leßt wenn es die Kommunisten gewollt hätten — keinerlei Möglichkeit bestand, denn außer bei der Frage der Sitzverteilung des Verbandes, gab es keinen einzigen Punkt, wo die SPD-Faktion nicht geschlossen, also „Linke“ und Rechte gemeinsam auftrat. Bei der Sitzverteilung waren aber gerade die Leipziger „Linken“ die Führer der Opposition gegen Dörmann und die übrigen Verbandsmitglieder. Also kann auch hier der Verdacht gegen die Kommunisten nicht aufstehen.

Über wenig die „Linken“ etwa argumentieren sollten, doch das Unrecht der Kommunisten sie verschuldet hätte, gegen die rechte Stellung zu nehmeln, ist mit auch dieser Einwand hinfällig,

daß die Kommunisten nur etwa ein Sechstel des Verbandsrates darstellen, die Rechten nach den eigenen Worten der „LB“ sehr jedoch waren, hatten also die „Linken“ allein die große Mehrheit des Verbandsitages. Außerdem kam das auch zum Ausdruck in der Tatsache, daß 2 „reine“ Dörmann-Freunde die Führer der SPD-Faktion waren. Also, wer hat die „Linke“ an der Tat gehindert? Niemand! Nur ihre eigene Feigheit!

Genau so gut, wie die Feigheit der Leipziger „Linken“ den Zorn des Dreihundertzwanzig-Schillings im DGB-Ausschuß verhüllte. Oder wollen sie etwa auch hier die Kommunisten ausschließlich machen? Es war doch geradezu ziemlichlich, wie Dörmann auf dem Verbandsitag vor Leipzig zusammenkam, obwohl dieser nicht mehr mit sozialdemokratisch-reformistischen, sondern schon mit rein bürgerlich-volksparlamentarischen Argumenten die Überzeugungspolitik vertrieb. Dörmann wagte darüber nicht ein Wort zu sagen, ja er erklärte sogar, daß er mit der Linie des ATGB im großen und ganzen einverstanden war. Wie lächerlich wirkt angeblich dieser Tatsache die Behauptung, daß die Kommunisten mit den Rechten zusammen gegen die Dörmann-Politik Stellung nehmen.

Dörmann und seine Freunde haben sich während der ganzen Tagung engstinctig gehütet, auch nur zu einer von der Opposition vertraglichen prinzipsiellen Frage konkret Stellung zu nehmen.

Wie ist ein erfolgreicher Kampf während der Krise und riesigen Arbeitslosigkeit zu führen? Wie steht der Vorstand zur Frage der Kampfbündnisse mit anderen Industriegruppen? Wie ist praktisch die Riesenherrschaft der Gewerkschaften in den Industrien?

Wie ist mit Erfolg zu kämpfen gegen die Rationalisierung und Betriebsstilllegungen? Diese Probleme erhielten für die „Linken“ ebenso wenig wie für die Rechten. Waren sie über allen diesen Fragen gegenüber sehr passiv, so wurden sie um so aktiver, wenn es gegen die Kommunisten ging. Dörmann, der mit Reaktionären immer keine „Sympathie mit Sowjetunion“ bekundet, stellte sich praktisch in der Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit, in der Frage der Arbeiterschaft und Gewerkschaftsdelegation nach Sowjetunion genau so reaktionär ein, wie die Partei, Graumann oder der „Vorwärts“. Dörmann und seine Freunde waren es auch, die die verbandssetzende Auschlussklausur gegen die Kommunisten nicht nur vertraten, sondern auch für die Zukunft androhten. Die „LB“

Gestört auf dieses Vertrauen ist er jetzt noch Außland delegiert worden.

Karl Ginzler, Freiberg, gewählter Beisitzer des Staatlichen Werkes, gewählt vom Gewerkschaftsverein der Städte Freiberg, Ginzler ist einer der befähigten sozialdemokratischen Juristen des Unterbezirks Freiberg.

Robert Münnich, Waldheim, gewählt vom Fabrikarbeiterverband Waldheim, hat zugleich den Auftrag erhalten, im Namen des Gewerkschaftsvereins die zuständigen Arbeiter zu berufen. Der Beisitzer des Werkes Kübler und Reichenauer (Bapierfabrik in Kriebel) hat den sozialdemokratischen Genossen beauftragt, an der Außlanddelegation teilzunehmen und das zuständige Proletariat zu begrüßen. Münnich ist der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes des Bezirks Waldheim.

Oskar Feig, Neustadt b. Schneeberg i. Erzgeb., sozialdemokratischer Stadtordner und Beisitzer des der Alten Kirche in Aue, delegiert von der Belegschaft der Alten Kirche in Aue und von allen Arbeiterorganisationen Neustadt. Feig ist einer der befähigten sozialdemokratischen Juristen im Erzgebirge. Er ist führendes Mitglied in vielen Arbeiterorganisationen.

Georg Dr. Schönberger, Chemnitz, seit vielen Jahren sozialdemokratischer Stadtrat, heißt er das Vertrauen sehr breiter Kreise der Intellektuellen.

Außerdem ist zur Außlanddelegation delegiert die Wohlfahrtspflegerin Frau Karla aus Chemnitz.

Aus dieser Ausstellung ist ersichtlich, daß die Außlanddelegation auch in Sachsen auf sehr fruchtbaren Boden gesetzt ist. Gerade in den letzten Tagen vor der Abreise der Delegierten sind von verschiedener Seite kampfhafte Bemühungen unternommen worden, die Genossen von der Delegation abzuhalten. Nur in einem Falle hatten diese Bemühungen Erfolg. Das die Feinde der Delegation zu den schädigsten Mitteln geprägt haben, ist wiederholt festgestellt worden. Eine Verleumdung und Schwundbeschuldigung sind das Handwerkzeug der Feinde der Einheitsfront der Arbeiterschaft. Durch einen günstigen Zufall sind wir in den Besten eines Bereiches gekommen, der deutlich zeigt, mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, um das Zustandekommen der Außlanddelegation zu verhindern. Das Gewerkschaftsamt Waldheim hatte in einer Sitzung beschlossen, einen Delegierten zu entsenden. In Aussicht genommen waren vier Angehörige des Fabrikarbeiterverbandes Lubewig und des Vorstandes des Gewerkschaftsvereins 9. 10 und mehr Stunden arbeiten. Das ist tatsächlich eine vollkommene Bestätigung dessen, was in dem fraglichen Artikel gekündigt hat.

Herrn Arthur Ludewig, Waldheim, Bahnhofstr. 68.

Werter Kolleg!

Wie mir mitgeteilt wurde, hat man in Waldheim ver sucht, nun unter Zahlreichen einen Kollegen zu bestimmen, der sich an einer Außlanddelegation beteiligen soll. Es ist auch u. a. daraus hingewiesen worden, daß selbst Arbeiterschafftäre an dieser Delegation teilnehmen.

Zur Soche selbst stelle ich zunächst fest, daß der Arbeiterschafftär Buchholz in Sachsen die Absicht geäußert hat, nach Außland zu fahren. Er hat sich aber darüber belehren lassen, daß das nicht Aufgabe eines einzelnen Sekretärs sein kann und daß andererseits die freien Gewerkschaften solche Einzeldelegationen nicht zuwenden, bevor diese Frage nicht endgültig vom ATGB entschieden ist. Sicher ist der ATGB und auch der Bezirkssauschau Sachsen Gegner von solchen Delegationen. Der gleichen Standpunkt vertreibt auch unser Verband, und wir müssen gegen jeden unserer Mitglieder, welches sich an einer Außlanddelegation beteiligt, den § 14, Abs. 8a, in Aussicht bringen. Es kann gar keine Rede sein davon, daß durch solche Delegationen die wirklichen wirtschaftlichen Beziehungen in Russland ergründet werden sollen oder können. Das kann nur einer Delegation, die vollkommen unabhängig machen kann, das kann keine Arbeiterschaftslinie und die einzigen Mittel sind erst recht nicht in der Lage, die gewonnenen Bindungen wahrtigemäß auf deutsche Verhältnisse umzulegen und zu begreifen.

Wir warnen daher unsere Mitglieder, daß an der Delegationen zu beteiligen. Bevollmächtigte unseres Verbandes dürfen ohne Genehmigung des Gaues bzw. Hauptzweckes überhaupt an seiner sozialen Delegation teilnehmen, die mehrere Wochen von den Gewerkschaften fernhält.

Zur Orientierung ist noch mitgeteilt, daß weiter der Betriebsleiter Kühmann von Freiberg nach Buchholz von Bautzen nach dort fährt. Beide haben nach Aussprache mit dem Vertreter des Bezirkssauschau des Plan der Reise nach Rudolstadt fallen gelassen.

Mit kollegalem Gruß

(gez.) Otto Hilpert

Wir beiden Mitteln wurde gearbeitet, um die Delegation zu verhindern. Sie ist trotzdem aufzutrete gefordert worden, auch der Bezirkssauschau Sachsen nimmt an der Delegation teil. Aufgabe aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaften ist es, um eine offizielle Delegation nach Russland geschickt zu werden.

Selbmann's Haferkakao Pfund Grenadierstraße 60 Pt. und Filialen

er macht eine lächelnde Geste — „Sieben Wörter von oben bekannten und bekanntgegeben. Wer kennt ihn wohl alle? Gut, dann brauche ich ihn nicht nochmal vorzulegen...“

Aus einer Ecke, hinter einer Säule, rief eine Männerstimme: „Es gibt nur eine richtige Verwendung für ein solches Papier!“ Die Nachbarn verstanden und lachten.

Beutner ließ dann abstimmen, ob man die brennenden Fragen ohne Rücksicht auf die Einhaltung der 15-Minuten-Pause sofort besprechen wolle. Die meisten Hände preßten sich zusammend in die Höhe. Am hinteren Eingang erhoben sich drei einzelne Stimmen dagegen.

Ein Rummel durch die Reihen der Besammlten, dann Geächter und von allen Seiten Zurufe: „Wollt euch oben ansehen! Scheißmischer! Ihr habt's noch zu diktieren!“

Beutner verlangte Ruhe und begann die Loge zu lädtieren: Die Direktion hatte am Tag zuvor an den Betriebsrat die Mitteilung gebracht, daß sie die Lohnforderung ablehne. Sie wäre bereit, der Belegschaft einen höheren Verdienst in den nächsten Wochen dadurch zu ermöglichen, daß zwei tägliche Überstunden eingehoben würden. Für diese zwei Überstunden wollte die Direktion den halben tarifmäßigen Zuschlag zahlen. Der Betriebsrat des Tegelschäferverbandes hatte aber trotzdem den Zeitpunkt des Kampfes nicht für geeignet, obwohl der Tarifabschluß im nächsten Monat erneut bevorstehe. Beutners Stimme wurde gereizt, als er einen heftigen Zusammenstoß mit ihm erlebte.

Trotzdem die Zuhörenden im Raum mit den gespülten Türen froren und das Gestische der Füße, die sich gegen die Kälte wrehlen, eine dauernde Unruhe hielt, sonderte Beutners Schilderung Aufmerksamkeit und heftige Zurufe. Er redete vor, daß eine Frau bei heftigster Arbeitssonnen, durch Zufragen und Fragen, viele unverständliche Sätze der Redner in dem Raum des inneren Raumes.

Konrad Beutners, der Betriebsratsvorsitzende, lämmige Gestalt, schwang sich auf den Tisch. Sein breites Gesicht, unter den schweren vorstehenden Brauen, war eiszogen und gleichzeitig.

Seine Stimme drohte, im Sprechen bis in die letzte Ecke verständlich.

Er röhrg vor: „Kollegen und Kolleginnen, es ist ein weittragender Befreiung, aber wir müssen ihn fassen. Nach acht Stunden den Betrieb verlassen!“

Es war einen Augenblick eine starre Stille im unruhigen Raum. Hunderte fühlten sich gefährlich in der vordersten Front, Auge in Auge mit dem Kriegerfeind.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf vor den Fabriken

Eine Erzählung von Alexander Kubitsch.

(1. Fortsetzung)

„Mit dem Gummiknüppel — sonst können sie nichts gegen die Arbeiter!“

Die schwindsüchtige aussehende Frau aus der Jute-AG, schwärzte sich mit dem Fuß tröst, kreischend: „Mit dem Gummiknäppel auf die Kriegsrüppel los! Ich!“

In einem unerschöpflichen Jögern ebbte die Wut der Arbeiter ab. Der Schopmann sprang schimpfend auf, mit dem dichten Helm und zertrümmerten Brille. Er griff nach dem nächsten befindenden Arbeiter und bekam den langen Knauer zu packen: „Sie haben gedroht! Kommen Sie mit ... verhaftet!“

Knauer schüttete seine Faust ab: „Quatsch, ich habe nichts damit zu schaffen!“

Das bauerische, blutende Gesicht des Polizisten war freudlos geworden. Er schlang den Knäppel, den er ins Handgelenk geschobt: „Sie kommen mit!“

Vorne hatten drei Männer, mit einigen umständlichen Beschuldigungen über seinen Zustand, den wild um sich schlagenden Gefährten befreit. Er lag mit verzerrtem Gesicht, über das in schmutzigen Rinnen das Schweißwasser floss, und reckte schwach ausgestreckt seine Hände. Das fallende Licht der Bogentrompe gab dem nassen Gesicht einen zahlen, mahnenden Glanz.

Eine Frau kannte ihn, nannte seinen Namen und Betrieb. Er arbeitete als Kriegsverschulter in einer kleinen Färberei, täglich in den erstickenden Dämpfen. Morgens und abends wurde er auf Stationen weit zur Arbeit gebracht...

Die Arbeiter drängten an dem liegenden in schleunigster Zeit vorbei und aus dem Bahnhof in die mottichwarzten Straßen der Stadt. Sie sprachen alle erregt gegen die Polizei und gegen die Bahnverwaltung, welche den Bahnhof zur Eispanne nicht ausbauen ließ.

Die Bahnstreiken trieben die Verstärkungen an. Gewaltige Schweren Quader, aus denen die unzähligen Henkerketten wie gebogene Ritterketten brachen, so standen die Fabilien mit ihren hohen Säulen im Morgen. Die Männer ihrer Tore waren stark und wüteten schon.

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter und Beamte in dem Verbreitungsbezirk Dresden

COSWIG		MEISSEN		DRESDEN-UND KLEIN-ZSCHACHWITZ	
Johannes Heum Spezialgeschäft für Herren- und Annen-Bekleidung		Möbel Lebensmittelhaus		Fahrräder, Motorräder Reparaturwerkstatt OTTO GRABS Neugasse, Ecke Nicolaisteg	Alfred Helm, Fleischereistr. keine Fleisch- und Wurstwaren
Rösschlächterei Alfred Bauer		Burgstraße 25			Gasthof Groß-Zsachowitz ARNO ALSCHNER
Schuhreparatur in 1 Tag Schuhreparatur und Schuhmühle Gärtnerer Leberhaubnung		Reparatur-, Schreib-Mustetts, sowie alle anderen Fleisch-, Wurst- und Kolonialwaren			Schachtwitzer Mühle
Mökerel Berger		Hugo Dietrich Leder-Handlung			LEBENSMITTELHAUS Arthur Prasser
DORA PANIG Konfektion und Wäsche		Großherren- u. Wäschegeschäft			Pinselsche Straße 15
Kurfürstenstraße 9		Maria Schuster			Möbelwarenhaus H. Walter
Anton Senger Kaffee - Kolonialwaren Spirituosen		Kolonialwaren, Spirituosen Tabak, Zigaretten			3. Jg. Georg Dötschiger
ADLER-DROGERIE Gesell., Bez. Dresden		Musikhaus Gustav Häbler			HEIDERAU I und II
Drogen, Farben, Sämereien		Musikinstrumente aller Art			Mökerel Kempe
WEINDORFLA		Rudolf Thieme			Biermark-Abover, Delikatessen-Speise
Sigarettenhaus Star Böhmis Schildgetreide Qualität-Groß- weine, Spez. schwere Johann- seher und Goldbergs		Emil Glück Nachf.			Tagl. frische Milch, Sahne, Butter und sämtliche Molkereiprodukte
Paul Zahn Lebensmittel		A. Knauth Nachtlg.			Bernhard Wünsche
Hauptstraße 56		Richard Rüdiger Kolonialwaren, Spirituosen Tabak, Zigaretten			Gebäck / Süßspeisen aus großer Reparatur-Werkstatt
Lebensmittel-Geschäft		Musikhaus Gustav Häbler			Paul Leopold
Haus Lucas, Kaiserstraße 56		Musikinstrumente aller Art			Gebäckerei- und Konfiserie, Back- und Küchengeräte
Mugast Reinhold		Rudolf Thieme			Dresden Straße 6 / Telefon 2840
Perfumerie, Friseurgeschäft, Strumpfwaren, 1950er		Emil Glück Nachf.			Herren-, Damen- und Kinderbekleidung Sport- und Arbeitsgarderobe
Blodehaus zum Blau		A. Knauth Nachtlg.			Modehaus Ehlig
Ortsteile Spezialgeschäft in Herren- Damen- sowie Kinder-Konfektion		Richard Rüdiger Kolonialwaren, Spirituosen Tabak, Zigaretten			Bahnhofstraße 10
RADEBEUL		H. Augustat, Meißen-R.			Hickory, Nonchord, Codd
Östliches Möbel Schnitzwaren, Reparaturen		H. Augustat, Meißen-R.			Typisch Süde. Waren über Art 2000 Gärtnerei mit 1. Urt. anzieht
Reparatur Handelsgeschäfte		Siegfried Heinemann			Ewald Beneck u. Frau, Friedensstr. 44
m. b. K. (Böhlert)		Putz-, Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren			Öffnungen, Möbelrenov., Druck- und Verlag-Konfektion, Metzgerfleis- hern man gut und billig ab 2124
Roggen- und Weizenmehle		WALTER RICHTER			Robert Bernscher, Gelbenax
Futtermittel aller Art		Kolonialwaren			2015 Steinstraße 3, Gelbenax 904
DIPPOLDISWALDE		Richard Tschirschwitz			RABENAU
Otto Schmidt		Spedition u. Möbeltransport			Stadt-Drogerie A. Helmich
Fahrerläder, Nähmaschinen Reparaturwerkstatt		Hufe, Kohlen- und Feuerzeug-Handlung			Dresden / Farben / Sämereien
Sporhaus		Georg Kreis, Bäckerei			Colonialwaren, Spirituosen Haush- und Küchengeräte
August Leisner		Richard Tschirschwitz			Martin Glans
Bekleidung, Sportartikel		Spedition u. Möbeltransport			Paul Kleber
Kurt Schreiber		Herrnstraße 8			Fahrräder und Nähmaschinen Elektr. Anlagen, Reparaturen
Fleisch- und Wurstwaren		Julius Töpper, Uhrmacher			Lebensmittelhaus Alfred Görtner
HAINSBERG		Montags 8 bis 12 Uhr			LANGEBRÜCK
Kolonialwaren		Marie Heunl			Otto Kieback, Schuhwaren
Spirituosen - Wein		TISSUE, LEIB., BETTWAREN WOLLWAREN			NEU-RESERVIERT
Paul Heimlein		Neue Straße 20			Ernst Jurk
Schuhwarenhaus		Georg Kreis, Bäckerei			Lebensmittel, Drogen, Farben
zur Reparaturwerkstatt		Richard Tschirschwitz			Max Hildebrandt
G. Kreidner		Spedition u. Möbeltransport			Fahrerläder / Nähmaschinen / Reparatur- werkstatt
Walther Franz		Herrnstraße 8			BAD SCHANDAU
Haus- und Küchengeräte		Julius Töpper, Uhrmacher			Mag. Riedel
KONIGSTEIN		Montags 8 bis 12 Uhr			Schuhwaren und Reparaturen
Kaufsalon, Schuhwaren, Möbel in bequemen Ratenzahlungen		ZIGARRENAU			DOHNA
Nitschmann		Otto Müller			Gasthaus
Am Bahnhof		Rennerbergstraße 8			Zum Deutschen Schützen
Germann Hofmann		Julius Töpper, Uhrmacher			Otto Tröbsch, Fleischerei
Wiss.-Wissenschaftl.- Handlung		Montags 8 bis 12 Uhr			OBER-ODERWITZ
NEU-SORNEWITZ		— Stand-, Wand-, Taschenuhren —			Emil Jägne
Max Richter		Wolfschau Zittmann			Colonialwaren / Wein / Drogen Kaffee-Großhändler
Kolonialwaren, Spirituosen, sämtliche Etag- und Küchengeräte		Vahrenhoffstraße 80			Drogen - Farben - Chemikalien - Kolonialwaren
BERGGIESSHÜBEL		ZITZSCHEWIG			Karl Gustav Gietho
Otto Mausch		CENTRAL-MOLKEEI			Manufactur- und Modewaren Damen- und Kinderkonfektion
Qui- u. Büchsenlager, Maschinenteile		WOLDEMAR EICHLER			Kurt Thomas
SCHMIEDEBERG		Königsbrücke: Bahnhofstraße 5			Qmit Wiederholung 00
Bruno Herrmann		Zittau			Leubener Wollerei
Chemikalien, Farben, Drogen		Leutewitz			Woll- u. Seimbüderei
Kolonialwaren		HUTTEN			August Roßler
Otto König		Gasthof zum Bielatal			Großwaren / Wollwaren / Bekleidung
Textilwaren		Radfahrerstation			Leuben
Konfektion		Oroher Tanzsaal für Vereine			Leubener Wollerei
Mökerel- und Produktionsgeschäft		COPITZ			Weiß- u. Seimbüderei
Arthur Henker		Gasthaus			August Roßler
		Faisenkeller			Großwaren / Bekleidung
LAUBEGAST		empfiehlt			Leuben
Eino Schneider		seine Lokalitäten			Leubener Wollerei
		Max Köhler			Weiß- u. Seimbüderei
		Hosterwitz			August Roßler
		Clara Fischer			Großwaren / Bekleidung
		Leubener Wollerei			Leuben
		Emil Zeibig Nachf.			Leubener Wollerei
		Kolonialwaren, Drogen			Weiß- u. Seimbüderei
		Bahnhofstraße 25			August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
					August Roßler
					Großwaren / Bekleidung
					Leubener Wollerei
					Weiß- u. Seimbüderei
			</		